

Nachgesagt

Grundeinkommen

Die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens bewegt die Menschen: Über 400 Interessierte folgten am 25. Oktober 2019 der Einladung von Freiburger Diskurse, sich bei einem Streitgespräch an der Uni Freiburg über Sinn und Unsinn eines Grundeinkommens zu informieren.

Die Referenten des Abends waren die beiden Ökonomen Friederike Spiecker und Prof. Bernhard Neumärker. Während Spiecker das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) ablehnt und dies in ihrem Buch „Irrweg Grundeinkommen“ begründet hat, ist Neumärker ein engagierter Verfechter dieser Idee. Seit Juni 2019 wird seine Forschung dazu von der dm-Werner Stiftung im Rahmen der Götz Werner Professur gefördert.

Einig waren sich die beiden Referenten im Wesentlichen nur darin, dass das bedingungslose Grundeinkommen durchaus unterstützenswerte Ziele verfolgt – etwa die Verbesserung der Löhne und Arbeitsbedingungen im Niedriglohnssektor, die Ermöglichung echter gesellschaftlicher Teilhabe oder das Schaffen von mehr Zeitsouveränität für Bildung, Erziehung und Pflege. Darüber, wie man diese Ziele erreichen kann, wurde an diesem Abend – wie gewünscht – heftig gestritten.

Eine der Thesen von Befürwortern wie Neumärker ist, dass ein Grundeinkommen ohne jegliche Gegenleistung oder Bedürftigkeitsprüfung dem Menschen Zeitsouveränität gibt, die quasi automatisch zu einer gerechteren Bezahlung der – im wahrsten Sinne des Wortes – gemeinnützigen, bislang aber schlecht bezahlten Arbeit führen würde. „Pflege oder Müllentsorgung wird nach Einführung des Grundeinkommens mehr kosten“, so Neumärkers Überzeugung.

Spiecker prognostiziert, dass diese Dienstleistungen wegen des Lohnabstandsgebots dann so viel teurer werden, dass viele sie sich gar nicht mehr leisten können. Bei anderen Jobs werde es dagegen ein Unterbietungswettbewerb geben, der viele bislang in diesem Bereich tätigen Anbieter in den Ruin

treibe. „Schließlich gibt es dank des Grundeinkommens dann immer jemand, der es auch noch ein bisschen billiger macht“, so Spieckers Befürchtung.



Das Hauptproblem sieht sie allerdings darin, dass durch die Einführung des BGE das Volumen aller verfügbaren Einkommen schneller steigen wird als die Produktion. Dies führt zu höherer Nachfrage und damit zu Inflation. Werden viele der Arbeitnehmer das BGE dazu nutzen, um ihre Erwerbsarbeit zu reduzieren, sinkt sogar die Produktion und damit die Steuerbasis. Dies wiederum führt dazu, dass der Steuersatz erhöht werden muss, um das BGE weiterhin finanzieren zu können. „Es würde ein Teufelskreis in Gang gesetzt“, warnt Spiecker.

Für Neumärker ist das keine ausgemachte Sache. Er kritisiert, dass immer nur das Resultat der Erwerbsarbeit betrachtet wird, nicht jedoch, welche Effekte indirekt auf die Höhe des Bruttoinlandsprodukt einwirken und durch das BGE verstärkt werden würden – etwa die Steigerung der intrinsischen Motivation und damit der Produktivität oder den höheren Zeitaufwand für Pflege und Erziehung. Diese Bereiche zu stärken, so seine Überzeugung,

sei die Aufgabe einer neuen Ordnungspolitik – also eines Ordoliberalismus, der nicht dem Primat der Wettbewerbsordnung verhaftet ist, sondern über die Schaffung von mehr Freiräumen dafür sorgt, dass sich Preisstrukturen ändern und Märkte besser funktionieren.

Spiecker dagegen sieht bei Implementierung sogar die politische Stabilität in Gefahr: denn egal ob das BGE-System funktioniert oder instabil bleibt – es wird ihrer Prognose nach zu großen Konflikten kommen. Bei einer Instabilität dadurch, dass vermutlich die Bedingtheit wieder eingeführt werden würde und über kurz oder lang die Leistungshöhe zur Diskussion stünde. Beides würde die ursprüngliche Zielgruppe des BGE, nämlich Menschen in prekären Arbeitsverhältnisse oder Langzeitarbeitslose, auf mittlere Sicht schlechter stellen als bisher. Stabil würde das BGE-System bei entsprechend umfangreicher Nutzung nur dann bleiben, wenn ein immer kleinerer Kreis von einkommensstarken „Wirtschaftseliten“ die Finanzierung übernehmen würde. „Nach dem Motto ‚Wer zahlt, der bestimmt‘ würden diese ‚Eliten‘ über kurz oder lang die Meinungsführerschaft einfordern und vorgeben können, wo es langgeht“, so Spiecker.

Um all diese Klippen zu umschiffen, wäre nach Meinung von Prof. Bernhard Neumärker statt oder ergänzend zur Finanzierung über die Einkommenssteuer auch die Inanspruchnahme des Mehrwertsteueraufkommens denkbar. Das würde die Finanzierungsbasis erweitern und von der Erwerbsarbeit abkoppeln.

Friedericke Spiecker war von diesem Vorschlag sichtlich überrascht: „Das ist das regressivste und unsozialste, was man sich vorstellen kann“ entrüstete sie sich. Schließlich würden dann Produkte des Alltags für alle deutlich teurer, was gerade die Geringverdiener am härtesten träfe. Statt sich auf Abenteuerreise mit ungewissem Ausgang zu begeben, schlug sie vor, wieder zur „goldenen Lohnregel“ zurückzukehren, nach der die Löhne entsprechend des durchschnittlichen Produktivitätszuwachses steigen. Das alleine würde viele Probleme beseitigen.

Für alle, die es nach den beiden Vorträgen und dem Streitgespräch am Freitagabend noch etwas genauer wissen wollten, boten die Freiburger Diskurse am Samstagmorgen zusätzlich ein dreistündiges Vertiefungsseminar an. Das Angebot, im kleineren Kreis mit den beiden Referenten weiter zu diskutieren, nutzten rund 60 Interessierte – vielfach auch VWL-Studentinnen und -Studenten. Gestritten wurde dabei über Fragen wie: „Drängt das BGE soziale Arbeit ins Ehrenamt ab?“ oder: „Welche Auswirkungen hat das BGE auf den Immobilienmarkt?“

Heinrich Röder, Vorstand des Vereins Freiburger Diskurse, war am Ende sehr zufrieden mit Vertiefungsseminar und Streitgespräch: „Sowohl die schiere Anzahl der Interessierten als auch deren engagierte Diskussion zeigt, dass es ein großes und wachsendes Interesse an Fragen der sozialen Gerechtigkeit gibt.“ Ob ein bedingungsloses Grundeinkommen der richtige Weg wäre, die Welt gerechter zu machen, sei nicht ausgemacht, aber – und da war er sich mit den beiden Referenten einig – in der Diskussion um das BGE werden viele wichtige Fragen aufgeworfen.